

LGBT-Verbände nähern sich polnischen Gewerkschaften

in Warschau vom 2. bis 4. Oktober 2008

Vertreter der polnischen Gewerkschaftsbünde OPZZ und Solidarnosc sowie der Lehrgewerkschaft ZNP haben sich am 4. Oktober 2008 in Warschau mit Verbänden getroffen, die sich für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) einsetzen. Anlass waren vom Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung mitorganisierte Konsultationen zwischen den LGBT-Vereinen Kampagne gegen Homophobie (KPH), Lambda und Trans-Fuzja, polnischen Gewerkschaftern sowie LGBT-Gewerkschaftern aus England (UNISON), Frankreich und Kanada (Internationale der öffentlichen Dienste IÖD), Deutschland (GEW, ver.di) sowie aus den Niederlanden (ABVAKABO). Die ZNP-Expertin für Gleichstellung und Anti-Diskriminierung Kalina Grzelak will außerdem vor dem Sommer 2009 einen Gleichstellungsausschuss in ihrer Gewerkschaft gründen. Mit Hilfe der Friedrich-Ebert-Stiftung wird ferner 2009 ein Gleichstellungsseminar veranstaltet.

Die ZNP kämpfte schon 2005 bis 2006 gegen den Homosexuellen-feindlichen Bildungsminister Roman Giertych (Liga Polnischer Familien, LPR), der alle schwulen und lesbischen Lehrer aus dem Schuldienst entlassen wollte und allein die Tatsache, dass jemand seine Orientierung nicht verheimlicht, als „homosexuelle Propaganda“ einstufte. „Die Arbeit gegen Diskriminierung verbindet uns“, sagte die Leiterin des ZNP-Vorstandsbüros, Psychologin und langjährige Beraterin Jolanta Golczynska zu den Vertretern der LGBT-Vereine. Für Solidarnosc und OPZZ ist dagegen das Thema LGBT Neuland. „Wir haben Prioritäten: Arbeitsplätze, Löhne usw. Außerdem ist in der Rechtsabteilung noch kein einziger Fall von sexueller Diskriminierung aufgetaucht“, erklärt OPZZ-Jurist Pawel Smigielski. „Wir können ja nicht in die Betriebe gehen und Umfragen machen“, entschuldigt sich der bei OPZZ für Internationale Arbeit zuständige Piotr Ostrowski. Man verwies darauf, dass OPZZ-Vizechefin Wislawa Taranowska die Themen Frauen und Anti-Diskriminierung bearbeite.

Svend Robinson, der sich als erster Abgeordneter des kanadischen Parlaments als schwul geoutet hatte, und der für die Internationale der öffentlichen Dienste (IÖD, vertitt 20 Mio. Beschäftigte) arbeitet, ermunterte polnische Gewerkschaften zu mehr Offenheit. Es müsse Ansprechpartner bzw. Anlaufstellen in den Gewerkschaften geben, an die sich Mitglieder, die sexuellen Minderheiten angehören, vertrauensvoll wenden können. Der bei ver.di und Amnesty International tätige Colin de la Motte-Sherman riet den polnischen Gewerkschaftern, bei der LGBT-Arbeit nicht mit der Tür ins Haus zu fallen, sondern sie in Menschenrechts- und Toleranz-Aktionen als eins von vielen Themen einzubetten. Ulf Höpfner, der mit seinen Lehrerkollegen Guido Mayus und Frank Pohl seit Jahren in Warschau auf der Parade der Gleichheit mitmarschiert, betonte, dass schulische Sexualerziehung nur zu einem kleinen Teil zum Ziel hat, Kenntnisse über Sexualverkehr zu vermitteln. Das Wesentliche sei die Entwicklung von Sozial-Kompetenz zum Verständnis der Pluralität der Lebensstile. Sie dient

auch zur Entwicklung eigenständiger Handlungskompetenz zur sexuellen Selbstbestimmung und dient somit auch als Form von Gewaltprävention und Gesundheitserziehung, die sich durch viele Fächer ziehen muss.

Im polnischen Arbeitsministerium hatten die ausländischen Gewerkschafter und Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung am 3. Oktober 2008 die Direktorin für Frauen, Familie und Nicht-Diskriminierung, Beronika Anders, und ihre Kolleginnen Monika Ksieniewicz und Agata Nieboj getroffen. Sie haben Broschüren mit Ansprechpartnern für Frauen auf Englisch und Polnisch veröffentlicht und das Thema LGBT 2007 beim „Jahr gegen Diskriminierung“ berücksichtigt. Die Vizeministerin ist sehr offen dafür. Ferner bekommen sie große Unterstützung von der EU und Equal. Wegen Diskriminierung gab es seit 2006 nur fünf Beschwerden im Ministerium. Meist ginge es um sexuelle Belästigung und Mobbing.

Der Ombudsmann von Polen (seit 15. Februar 2006), Dr. Janusz Kochanowski (250 Mitarbeiter), betonte gegenüber den ausländischen Gewerkschaftern sein Interesse und seine Aktivitäten gegen Diskriminierung (Kündigung des Leiters des Lehrerfortbildungszentrums wegen Compass-Veröffentlichung, Diskriminierung schwuler Blutspender, Bezeichnung von Homosexuellen als pervers und geisteskrank in einer Veröffentlichung der Gesellschaft für christliche Kultur „Piotr Skarga“; Beschimpfung von Gleichheitsparade-Teilnehmern als „ekelhafte Perverse“ durch den Bildungsminister). Kochanowski trifft sich halbjährlich mit Mitarbeitern der Kampagne gegen Homophobie. Eigenständig will er keine Aktion zum Thema LGBT organisieren, weil es noch andere Themen gäbe. Wichtig sei ihm z. B. die soziale Betreuung von polnischen Migrantinnen (2 Mio. seit 2004) in Westeuropa. Die in London arbeitende LGBT-Verbindungsfrau der Gewerkschaft UNISON, Carola Towle, wies darauf hin, dass der LGBT-Anteil unter Migrantinnen höher als in Polen sei, weil viele in tolerante Länder flüchten würden.

Der Ombudsmann, der Jurist Maciej Bernatt vom polnischen Helsinki-Komitee sowie Agnieszka Gorska und Krzysztof Kliszczynski vom Verein Lambda bedauerten fehlende Gerichtsurteile zur Diskriminierung von LGBT. Viele hätten einfach nicht den Mut, vor Gericht zu ziehen. Bernatt schilderte einen Ausnahmefall. Ein schwuler Hilfsarbeiter wurde zunächst schikaniert und dann von einem Einkaufszentrum in Plock entlassen. Das Verfahren scheiterte jedoch an seinem schlechten Anwalt, an nicht gezahlten 20 Zloty für den Berufungsantrag und an mangelnden Zeugenaussagen der vom Arbeitgeber eingeschüchterten Kollegen. Beim Genossenschaftsgesetz (das Fragen zum Wohnraum regelt), bei der gemeinsamen Steuererklärung oder bei der Adoption von Kindern seien gleichgeschlechtliche Paare benachteiligt. Doch selbst, wenn man die Prozesse dazu durch alle Gerichtsstufen gewinnt, scheitert man schließlich an der Verfassung, welche weder die Homo-Ehe noch die Gleichberechtigung von Homo-Paaren vorsieht.

Die vom Ver.di-Vertreter Bodo Busch initiierten Konsultationen hatten am 2. Oktober 2008 mit KPH, Lambda und Gleichheitsparade-Organisatoren begonnen. Die Gespräche mit den polnischen Gewerkschaften wurden von den ausländischen Gewerkschaftern in Begleitung von FES-Vertretern

(Clemens Rode, Krzysztof Getka) am Tag der Einheit geführt. Zum anschließenden Workshop kamen am Samstag darauf die LGBT-Vereine KPH und Trans-Fuzja wieder dazu.

Michiel Odijk, der sich seit 20 Jahren mit LGBT-Fragen in der größten niederländischen Gewerkschaft für den öffentlichen Dienst, ABVAKABO, beschäftigt, sagte den polnischen Gewerkschaftern, dass sie nicht von Null anfangen müssen, sondern auf ausländische Beispiele zurückgreifen könnten: „Natürlich nicht, indem ihr sie einfach übernehmt. Ich weiß dass sich die polnischen Umstände von denen in Holland, Deutschland oder Großbritannien unterscheiden. Doch ihr könntet ja unsere Erfahrungen als Beispiele bzw. als Inspiration nutzen.“ Die heutige Jugend sei viel offener und toleranter als die älteren Generationen, versuchte Gewerkschafterin Kalina Grzelak Mut zu machen. Alle Personen, die an den Konsultationen teilnahmen, waren bereit, Beschwerden gegen Diskriminierung von LGBT zu bearbeiten und mit juristischen und organisatorischen Mitteln zu unterstützen.

erstellt für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Achim Baatzsch, 11. Oktober 2008